

presse

SPD will Missbrauch von Befristungen in der Wissenschaft eindämmen

Simone Raatz, zuständige Berichterstatterin:

Der Wissenschaftsrat hat in seinen heute vorgestellten Empfehlungen zu den Karrierewegen und Personalstrukturen im Wissenschaftssystem eine deutliche Erhöhung der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse gefordert. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese Forderung und wird sie mit einer zügigen Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes unterstützen.

„Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates machen einmal mehr deutlich, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zügig umgesetzt werden muss. Um Karriereperspektiven zu verbessern, muss neben der vom Wissenschaftsrat empfohlenen deutlichen Erhöhung der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft auch der Missbrauch von Befristungen eingedämmt werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass rund die Hälfte der befristet beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland mit einer Vertragslaufzeit von unter einem Jahr leben müssen. Diesem Missstand werden wir einen Riegel vorschieben und Mindeststandards einführen, die unserem wissenschaftlichen Nachwuchs planbarere und verlässlichere Karrierewege ermöglichen.

So wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dazu verpflichten, Drittmittelbefristungen an die Dauer der Drittmittelförderung zu koppeln. Wir fordern zudem eine Vertragslaufzeit von mindestens 24 Monaten in der Qualifizierungsphase sowie die Aufhebung der Tarifsperre, damit die

Gewerkschaften mit den Arbeitgebern eigene Tarifverträge aushandeln können.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und im Dialog mit den Betroffenen und den Fachgemeinschaften werden wir in den nächsten Monaten an einer Lösung arbeiten, die attraktivere Beschäftigungsverhältnisse schafft. Dadurch soll das deutsche Wissenschaftssystem auch wieder international wettbewerbsfähiger werden. Die Diskussion zur Stellensituation an unseren Hochschulen ist dabei vordringlich.“